

GELD UND BÖRSE

Sachwerte: Ja, aber...



Maximilian Reimann

Die massive Verschuldung vieler grosser und insbesondere westlicher Industrieländer birgt grosses Inflationspotenzial in sich. Da ist es gut, dass wir als Land eine starke Währung haben und individuell in eine Fülle von Sachwerten investieren können.

Ich sehe mich keineswegs als «Pessimisten vom Dienst». Trotzdem gehe ich davon aus, dass wir eher schon kurz- als mittelfristig wieder höhere Inflationsraten und damit höhere Konsumentenpreise, aber auch höhere Zinsen haben werden. Wer solche Zyklen möglichst unbeschadet überstehen will, der steigt sukzessive auf höher verzinsten, solide CHF-Obligationen um. Oder er erhöht den Anteil an Sachwerten wie Gold oder Immobilien. Davon sei heute die Rede, denn die Palette an solchen Anlagen ist reichhaltig geworden. Aber ganz

von Tücken befreit sind auch diese nicht. Deshalb mein Hinweis: Gold- und Immobilienwerte ja, aber...

Der Gold-ETF der ZKB

Bereits mehrere Schweizer Banken offerieren spesengünstige Exchange-Traded Funds (ETF), die auf Gold beruhen, das man sich gemäss Werbung physisch ausliefern lassen kann. Marktführerin ist die Zürcher Kantonalbank mit ihrem Gold-ETF (Valor 2 439 100). Grundsätzlich eine gute Anlageidee, vor allem in stürmischen Zeiten. Wer beispielsweise vor vier Jahren zu Franken 2 500 einen Anteil erworben hatte, überstand die jüngste Finanzkrise mit einem satten Gewinn. Der Kurs stieg zwischenzeitlich auf über 4 600 an und liegt derzeit bei 4 200 Franken.

Die Tücke kommt dann mit der physischen Auslieferung. Diese ist beschränkt auf Goldbarren von 12,5 Kilogramm, bzw. einem Gegenwert von deutlich über einer halben Million Franken und ist somit nicht mehr jedermanns Sache. Zudem kommt eine Rücknahmekommission von 1 Prozent sowie eine Auslieferungsgebühr von 0,2 Prozent hinzu. Kleinanleger erhalten kein physisches Gold, sondern lediglich den Gegenwert in bar. Wer sich also effektiv Gold in Münzen- oder kleinen Barren von 10 oder 100 Gramm zulegen möchte, der kauft sich solche über den Schalter und verwahrt sie an sicherem Ort.

Immobilien: Aktien oder Fondsanteile?

Grundbesitz gehört in der Schweiz zum Muss eines jeden umsichtigen Anlegers. Aber wie bei den Goldbarren übersteigt auch hier der Preis eines Eigenheims die finanzielle Kapazität vieler Leute, oder wollen viele aus Mobilitätsgründen gar nicht Eigenheimbesitzer werden. Auch da bietet der Wertschriftenmarkt taugliche Alternativen mit hohen Renditen. Dieser höheren Rendite steht logisch auch hier ein höheres Risiko gegenüber. Das muss man von allem Anfang an in die Renditerechnung einbeziehen. Konkret geht es um Aktien grosser Immobilienunternehmen oder um Anteile von Immobilienfonds. Was aber sind die Vorteile und Nachteile dieser beiden Produktgruppen?

Ich sehe es in etwa so: Aktien wie Allreal, Mobimo, PSP oder Swiss Prime Site weisen Dividendenrenditen von 4 bis 5 Prozent aus. Das ist etwas höher als Renditen von Immobilienfonds wie Solvalor, CS Interswiss oder UBS Anfos. Dafür ist die Volatilität und damit das Kursrisiko von Immobilienaktien grösser, weil vermehrt in konjunkturenempfindliche Bürogebäude und Shoppingcenter investiert wird. Als Depotbeimischung eignen sich aber Aktien wie Fondsanteile, wobei man allerdings berücksichtigen muss, dass beide Anlagekategorien wegen der sich anbahnenden Inflation bereits recht hoch bewertet sind.

Steuerinitiative und Föderalismus

Am 28. November stimmen wir über die Steuerinitiative der SP ab. Ob man sie als «gerecht» empfindet oder nicht, möge jeder Stimmbürger selber entscheiden. Weil die Steuern aber einen wesentlichen Einfluss auf die Standortqualität eines Kantons und damit auf das Einkommen seiner Bewohner haben, ist aus Aargauer Sicht eine Bemerkung zu dieser Volksabstimmung doch angebracht.

Der Aargau hat sich dank einer konsequent freundlichen Steuerpolitik gegenüber Unternehmen und Privatper-

sonen innert weniger Jahren vom interkantonalen Mittelfeld auf Platz drei vorgearbeitet, direkt hinter Zug und Zürich. Mit einer Annahme der Steuerinitiative würden die Kantone nun ihrer Steuerrautonomie zu einem guten Stück beraubt. Das wäre geradezu für den Aargau fatal, denn er würde zu jenen 16 Kantonen gehören, die das Steuerniveau wieder erhöhen müssten, und zwar nicht nur für die Gutbetuchten, sondern auch für den Mittelstand. Dies deshalb, weil die Steuerprogressionskurve nicht ab irgendei-

nem Niveau abrupt einen Sprung nach oben machen darf, sondern kontinuierlich verlaufen muss.

Es wäre folglich ein grosser Fehler, ohne Not am Steuerföderalismus und damit an einer der Grundsäulen unseres Landes zu rütteln. Die Finanzautonomie der Kantone und damit der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen sollte unbedingt beibehalten werden. Das garantiert, dass ländliche Kantone auch künftig gegenüber den grossen Zentren standortmässig konkurrenzfähig bleiben.